Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 487. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 17. Oktober **1906.**

Das welfische Problem.

Morgen wird der braunschweigische Landtag zusammentreten, um die weiteren Schritte zur Regelung der braunschweigischen Thronfolgefrage zu beraten. Bekanntlich hatte sich der Landtag in seiner letzten Tagung dahin ausgesprochen, den Versuch zu machen, ein Definitivum herbeizuführen. Hatte er dabei auf die vermittelnde Tätigkeit Preußens und des Reichskanzlers gerechnet, so ergab des Fürsten Bülow ablehnende Antwort, daß von dieser Seite keine Initiative zur Umgestaltung der gegenwärtigen Sachlage zu erwarten sei. Die negative Haltung des leitenden preußischen Ministers und Vorsitzenden des Bundesrats war selbstverständlich so lange geboten und muß so lange währen, als die Ansprüche des Hauses Cumberland auf Hannover und die welfische Agitation, die sich auf diese Ansprüche stützt, unwiderruflich fortbestehen. Die gleiche Zurückhaltung mußte die preußische und die Reichsregierung daher auch dem von seiten des Herzogs von Cumberland ausgehenden Vorschlag gegenüber an den Tag legen, der den Braunschweiger Verzicht des Herzogs und seines ältesten Sohnes zugunsten des Prinzen Ernst August aussprach, so lange dieser Vorschlag nicht von der Verzichtleistung des Herzoglichen Hauses auf Hannover begleitet war. Indes ist durch diesen Schritt des Herzogs von Cumberland die Thronfolgefrage doch nicht so absolut auf das tote Gleis geschoben worden, wie es anfänglich schien, und es kann, wenn der Herzog von Cumberland noch in der Hannoverschen Frage einlenkt, möglicherweise doch zu einem Ausgleich kommen, der zumal im Interesse des braunschweigischen Landes sehr zu wünschen wäre. Freilich hängt die ganze weitere Entwickelung der Frage zunächst davon ab, ob der Braunschweigische Landtag an der Absicht festhält, ein Definitivum herbeizuführen oder abermals eine provisorische Regentschaft einzusetzen.

Tatsächlich ist durch die Verzichtleistung des Herzogs Ernst August auf Braunschweig insofern eine neue Lage entstanden, als dadurch der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, der nur den Herzog persönlich, nicht aber seine Söhne, für „behindert" an der Regierungsübernahme erklärte, formal hinfällig geworden ist. Die persönliche Kandidatur des Herzogs von Cumberland kommt für Braunschweig nicht mehr in Betracht, sondern jetzt nur noch diejenige des Prinzen Ernst August. Falls der braunschweigische Landtag daher beschließen sollte, den Bundesrat zu ersuchen, die persönliche Qualifikation des Prinzen Ernst August zur Uebernahme der braunschweigischen Regierung zu prüfen, so wird der Bundesrat nicht umhin können, diesem Ersuchen Braunschweigs Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es kann dabei eine Reihe von Eventualitäten eintreten. Zunächst der Fall, daß der Bundesrat die Thronfolge des Prinzen Ernst August als eine Angelegenheit auffaßt, die ganz für sich allein zu regeln ist, ohne Rücksicht auf die fortdauernden welfischen Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf Hannover. Diese Ansprüche sind tatsächlich ohne sonderlichen Belang, da bei dem schweren Siechtum des ältesten Prinzen Georg Wilhelm mit einem Erlöschen seiner Linie gerechnet werden muß. Der Bundesrat würde sich in diesem Falle mit dem ausdrücklichen Verzicht des Prinzen Ernst August auf Hannover und seiner Zurückweisung der welfischen Agitation begnügen. Doch ist es kaum anzunehmen, daß ihm eine solche Lösung als opportun erscheinen würde. Sollte dieser Weg infolge des preußischen Widerstandes sich als nicht gangbar erweisen, so wäre die zweite Möglichkeit gegeben, daß der Bundesrat die Nichtbehinderung des Prinzen Ernst August ausspricht für den Fall, daß der Herzog von Cumberland und sein ältester Sohn ausdrücklich auf Hannover Verzicht leisten und den Herzog daher zunächst von neuem vor die Alternative stellt, sich hierüber zu entscheiden. Verharrt der Herzog auch dann noch auf seiner Ablehnung der Hannoverschen Verzichtleistung für sich und seinen ältesten Sohn, so würde der Bundesrat erst dann die Behinderung des Prinzen Ernst August aussprechen können und nur nach diesen vorausgegangenen negativen Verhandlungen würde tatsächlich erst die Möglichkeit einer neuen Regentschaftswahl gegeben sein, immer vorausgesetzt, daß der Braunschweigische Landtag an der jetzigen endgiltigen Beseitigung des Provisoriums festhält. So einfach also, wie die Sachlage auf den ersten Blick schien, ist sie nicht, da sowohl durch den Willen des Braunschweigischen Landtags, das Provisorium zu beseitigen, wie auch durch die freiwillige Eliminierung der Person des Herzogs von Cumberland, die die Beseitigung des Bundesratsbeschlusses von 1885 zur Folge hatte, ein Vacuum entstanden ist, das nur durch eine erneute Beschlußfassung des Bundesrats ausgefüllt werden kann. Andern würde sich die Sachlage freilich wieder, wenn der Landtag aufs neue von selbst zur Wahl einer Regentschaft schreitet.

Um eine noch weitere mögliche Klärung herbeizuführen, ist es notwendig, daß der Braunschweigische Landtag, wenn er sich dazu entschließen sollte, die Sache dem Bundesrat zu unterbreiten, das Verlangen ausspricht, daß dieser Preußen auffordere, die Bedingungen, unter denen es eine Regierungsübernahme durch den Prinzen Ernst August für möglich hält, genau zu bezeichnen. 1885 verlangte Preußen den deutlichen Verzicht des Cumberländer Hauses auf Hannover, 1906 wünschte Fürst Bülow noch weitere Gewähr gegen die welfische Agitation. Dieser letztere Hinweis bot indes wenig Greifbares; es liegt im Interesse einer loyalen Politik, wenn darüber alle wünschenswerte Aufklärung gegeben würde, was Preußen in letzterer Hinsicht wünscht.

Daß man über das Haus Cumberland einfach zur Tagesordnung übergehen könne, wie manche Blätter anzunehmen scheinen, ist ausgeschlossen. Es muß früher oder später zu einem Ausgleich zwischen beiden Fürstenhäusern kommen. Freilich sind ja die zu überwindenden Schwierigkeiten bedeutend, und die welfische Agitation in Hannover trägt keineswegs dazu bei, sie zu verringern. Der Plan des Braunschweigischen Ministeriums ging darauf hinaus, die Differenzen zwischen Preußen und dem Hause Cumberland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß beide miteinander in Fühlung gebracht würden und dabei die Gegensätze unter sich, ohne viel Aufheben davon zu machen, ausglichen. Dieser Plan ist gescheitert. Die Angelegenheit würde, wenn der Braunschweigische Landtag in der Frage der Beseitigung des Provisoriums inzwischen nicht anderen Sinnes geworden ist, erneut vor den Bundesrat kommen. Dieser würde alsdann sein Geschick als Friedensstifter in der Braunschweigischen Sache zu bewähren haben. Freilich bleibt es auch möglich und das wäre nur mit Freuden zu begrüßen, daß man sich neuerdings in Braunschweig entschließt, die endgültige Erledigung abermals auf eine bessere Zeit zu vertagen und allen Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu gehen, daß man von Neuem eine Regentschaftswahl vornimmt.

F. W.

*

Ein Telegramm meldet uns aus Braunschweig von heute: Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, in der nach Darlegung der bisherigen Vorgänge mitgeteilt wird, daß der Regentschaftsrat und das Ministerium einstimmig beschlossen haben, nunmehr die Neuwahl eines Regenten in die Wege zu leiten.

Deutsches Reich.

Zu Hohenlohes Denkwürdigkeiten.

Die Liberale Korrespondenz schreibt: „In der erregten Diskussion, die die Veröffentlichung des Tagebuches des Fürsten Chlodwig Hohenlohe hervorgerufen hat, verhält sich eine Person merkwürdigerweise ganz still und zwar gerade diejenige, die für den Zeitpunkt der Veröffentlichung die Hauptverantwortung trägt: Prinz Alexander Hohenlohe. Alle Welt erwartet mit Spannung eine Erklärung, warum die Veröffentlichung gerade jetzt erfolgt ist — und der Prinz hüllt sich in geheimnisvolles Schweigen. Die von einigen Blättern geäußerte Annahme, daß Prinz Alexander die Tragweite der Veröffentlichung dieses unschätzbaren Quellenwerkes nicht zu übersehen vermocht hat, ist natürlich eine böswillige Unterstellung und, da sie ausschließlich im Parteiorganen der Rechten zu finden ist, wie man annehmen muß, eine beabsichtigte Beleidigung. Sicherlich hat der verstorbene Fürst Hohenlohe vor seinem Tode mit seinem Lieblingssohne eine Verabredung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Memoirenwerkes getroffen; man darf daher also wohl annehmen, daß die jetzige Publikation den Intentionen von Vater und Sohn entsprochen hat. Ueber das Motiv ist man selbstverständlich nur auf Vermutungen angewiesen; man wird aber auf seiten der Parteien der Linken gut tun, die Entrüstung der agrarischen und konservativen Preßorgane etwas näher auf ihren sachlichen Gehalt zu prüfen. Man wird dann bald finden, daß es weniger patriotischerweise nationale Aufwallungen sind, als der Aerger darüber, daß in den Aufzeichnungen des Fürsten Hohenlohe so manche konservative Intrigen aufgedeckt werden und daß zu dem Charakterbilde des „Säkularmenschen" Bismarck noch so manche nicht gerade günstige neue Beiträge geliefert werden. Wahrscheinlich wird in der agrar-konservativen Presse jetzt eine neue Hetze gegen den Prinzen Alexander inszeniert werden, der den Konservativen ja schon während der kurzen Zeit, der er dem Reichstag als Mitglied der Rechten angehörte, häufig genug unbequem geworden ist. Es sollte uns nicht wundern, wenn gerade von dieser Seite nunmehr das schwerste Geschütz, der Nexus-Paragraph, gegen den Prinzen Hohenlohe aufgefahren werden sollte. In einem Blatt dieser Richtung kann man denn auch schon die versteckte Denunziation lesen: „Man könnte, wenn man wollte, Verrat von Staatsgeheimnissen herauslesen." Die leitenden Stellen werden aber diesen sehr durchsichtigen Machinationen gegenüber hoffentlich kühle Ruhe bewahren und sich insbesondere eingedenk sein lassen, daß der Kaiser selbst dem Fürsten Hohenlohe gegenüber, als in einer Unterhaltung am 12. November 1892 auf Bismarck die Rede kam, meinte: „Wenn man vergleiche, was Bismarck tue, mit dem, wofür der alte Nexus hätte leiden müssen." Die Herren von der Bismarckfronde täten daher im Interesse des Ansehens ihres Idols klüger, alle scharfmacherlichen Denunziationen gegen den Prinzen Hohenlohe zu unterlassen und sich mit der Tatsache der Publikation wohl oder übel abzufinden.

Wie man auch von anders gerichtetem politischen Standpunkt aus über die Veröffentlichung der „Erinnerungen" des dritten

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Welfencharaktere.

von Ludwig Wagner.

Auf einer Anhöhe im Algäu, nahe bei dem nachmaligen Ravensburg, lag zwischen Weingärten vor uralten Zeiten ein Schloß, das die Wiege der berühmtesten regierenden Häuser von Europa wurde. Wann das Schloß und das zu seinen Füßen liegende Dorf erbaut wurde, wußte und weiß niemand, und so wurde es das „alte Dorf" genannt und die dort wohnenden Grafen „die Grafen von Altdorf".

Mehrere Jahrhunderte hausten die Grafen von Altdorf als unabhängige Herren. Wer weiß etwas von ihnen? Wer weiß etwas von diesen ersten Grafen Welfe und Welf von Altdorf? Wohl niemand. Sie lebten ruhig und unbekümmert, vollführten keine welterschütternden Taten, jagten den Elch und pflegten die Gastfreundschaft, wie es der Brauch und das Herkommen heischte. Eicho und Welf hießen sie alle, diese Grafen von Altdorf, Eicho „der edle Held" und Welf „der Helfer". So hießen sie alle bis zum 11. Jahrhundert. Da gab Welf dem ganzen Stamm den Sammelnamen, den dauernden Stammnamen „Welfen oder Helfer".

Mit dem 9. Jahrhundert, in der letzten Periode Karls des Großen, tritt erst das Geschlecht der Welfen in das volle Licht der Geschichte. Zwei seiner Häuser werden auf einen größeren Schauplatz geführt: das Haus Altdorf durch die Vermählung der schönen und geistreichen Judith mit Ludwig dem Frommen, ein anderes, wahrscheinlich in den Julischen Alpen angesessenes Haus durch die Erhebung seines Bonifazius zum Grafen von Lucca. Seitdem hat der Stamm der Welfen unausgesetzt den Griffel der Geschichte beschäftigt, — ein interessantes Geschlecht, reich an Taten und Charakteren.

Zu welcher Macht sie im Mittelalter gelangten, wie sie um die Vormacht im Deutschen Reiche ringen durften, wie ein deutscher Kaiser zu des Welfenlöwen Füßen flehte — und unerhört aufstand: das alles ist zu bekannt, um hier wiederholt zu werden. Aber auch in der Geschichte der neueren Zeit seit der Reformation haben diese trotzigen Welfen gar manches Wörtlein mitgeredet. Merkwürdige Charaktere sind darunter, jedenfalls merkwürdig genug, um sie vor den Augen vorüberziehen zu lassen.

Der Fürst, der unter den braunschweigischen Welfen, die nach der Reformation lebten, den größten Namen sich erwarb, war Herzog Julius von Wolfenbüttel (1568 bis 1589). Er war der jüngere Sohn jenes Heinrich, dem die protestantischen Theologen den Beinamen des „Wilden" geflüstert haben, weil er allerdings ein Herr wilden Gemütes, auch wilder Sitten war. Herzog Julius wurde der Wohltäter seines Landes. Wie der mit ihm gleichzeitig regierende Kurfürst August von Sachsen war er ein vorzüglicher Finanzmann. Alle Aemter mußten regelmäßig Sonnabends ihm ihre Gelderberechnungen einschicken; der Schatzmeister wurde angewiesen, daraus einen kurzen Auszug auf Pergament zu entwerfen; dieses Pergament trug der Herzog an zwei silbernen Röllchen fortwährend am Halse. Nie durfte die Ausgabe die Einnahme überschreiten; die Folge war, daß, als er starb, im Wolfenbütteler Geldgewölbe 4 Millionen lagen. In der neuen Heinrichsstadt wurden (ein merkwürdiges Zeugnis von dem noch stark vorschlagenden, mittelalterlichen Unabhängigkeitsgeiste, der sich den Rechtssprüchen der Juristen, die für Machtsprüche angesehen wurden, lange widersetzte) eigene mit Schranken eingefaßte Plätze ausgezeichnet, wo sich beleidigte Leute mit Landsknechtsdegen unter öffentlicher Aufsicht schlagen durften, um ihre Streitigkeiten zur Entscheidung zu bringen. Erst unter seinem Nachfolger drang das römische Recht durch.

Man kann unmöglich von den Braunschweigern sprechen, ohne bei Herzog August (1634—1666), dem Zeitgenossen des Großen Kurfürsten, zu pausieren. Dieser Fürst, dessen Wahlspruch: „Expende!" („Alles mit Bedacht!") bildete und der wohl der gelehrteste deutsche Fürst der damaligen Zeit war, begründete die berühmte Wolfenbütteler Bibliothek, an welcher Lessing so lange tätig war; er war vor allem selbst schriftstellerisch tätig und hat manches Wertvolle unter dem Autornamen „Gustavus Selenus" überliefert. Einer seiner Söhne, Ferdinand Albrecht, wurde der Stifter der Nebenlinie Bevern. Dieser Prinz war ein schnurriger Herr, dem schon bei Lebzeiten der Beiname „Der Wunderliche" gegeben wurde. Im Jahre des Westfälischen Friedens 1648 begann der Prinz zu Pferde nach Paris, nach Italien, nach Ungarn zu reisen. Er dehnte seine Reisen noch weiter aus, sogar nach Schweden führte ihn sein Weg. Seine Reiseerlebnisse erschienen im Druck unter dem vielversprechenden Titel: „Ferdinand Albrechts des Wunderlichen wunderliche Begebnisse und wunderlicher Zustand in dieser wunderlichen verkehrten Welt." Er selbst war ein Mensch, der stets in Todesangst schwebte und deshalb auch „der Herzog von Zittern und Bevern" genannt wurde.

Die Vorliebe für Gelehrsamkeit und Merkwürdigkeiten teilte Anton Ulrich (1704—1714). In die Eigenart seiner Gelehrsamkeit mischte sich Devotion und Galanterie, und es stellte sich in ihm der Uebergang der alten mittelalterlichen, ernsten Zeit in die galante, moderne Zeit auf die eigentümlichste Weise dar. Er schrieb unter anderen geistlichen Büchern das „Christ-fürstliches Harfenspiel", die Schäferromane „Die römische Oktavia", „Mesopotamische Schäferei" oder die durchlauchtigte Syrerin Aramena, sogar eine italienische Oper „Orpheus" floß aus seiner Feder. Leibniz sah sie ihm Jahre 1693 auf der Braunschweiger Messe aufführen und lobte in einem Briefe an seinen Freund, den Landgrafen Ernst von Rheinfels, die Sänger und die Dekorationen, die Feinheit des Geschmacks und die Technik, mit der dieser Welfe das Theater zu verbessern suchte.

Unter Karl I. (1735—1780) verstärkte sich der leichtsinnige Ton des Hofes. Millionen zerrannen unter seinen Fingern. Es wurde eine prächtige italienische Oper und ein französisches Ballett eingerichtet, das Theater erhielt einen Jahreszuschuß von 70,000 Talern; Nikolini, der das Ministerium der Vergnügungen leitete, erhielt allein ein Jahresgehalt von 30,000 Talern. Bedeutende Summen verschlangen die Reisen des Herzogs und seine Maitressen, das Glücksspiel und die alchemistischen Versuche. Am kostspieligsten war der Militärstaat, er übertrieb bei weitem die Kräfte des kleinen Landes. Drei Jahre nach Verlegung der Residenz nach Braunschweig brach der Sieben-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19061017021/fragment/page=0001

Reichskanzlers denken mag — zweifellos werden diese politischen Aufzeichnungen eines Mannes, der Jahrzehnte hindurch in intimster Fühlung mit den leitenden politischen Kreisen gestanden hat — als bayerischer Ministerpräsident, als Reichstagsabgeordneter, als Botschafter in Paris, Statthalter in den Reichslanden und zuletzt als Reichskanzler — für den späteren Geschichtsschreiber eine der wichtigsten politischen Informationsquellen für die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches bilden."

*

Die „Magdeb. Zeitung" läßt sich über die Auffassung, die in Berliner amtlichen Kreisen über die Hohenloheschen Memoiren herrscht, folgendes melden: „Das Memoirenwerk ist nun seit einigen Tagen im Inlande wie im Auslande bekannt, hat hier wie dort skandalisierend gewirkt und ist nach allen Richtungen hin kritisiert und verurteilt worden; aber es verdient doch beachtet zu werden, daß bisher ein Punkt, in dem es die Beziehungen Deutschlands gefährden könnte, nicht vorgetreten ist. Ausländische Stimmen, die diese Veröffentlichung vorzugsweise nach ihren internationalen Wirkungen hin betrachten, sprechen von einer Versicherung des Mißtrauens gegen die Bismarcksche Politik. Wenn sie recht haben — was übrigens zu bezweifeln ist —, so kann dabei der neue Kurs nur gewinnen, was nach der Seite der Dreibundstaaten zweifellos ist. Wenn Hohenlohe, wie ihm vorgeworfen wird, Engländer und Russen hintereinander hetzt und den Franzosen ihren Verbündeten verleidet, so ist das eine Sache, die unsere den Verbündeten abgemacht werden mag. Nicht viel größer stellt sich, in Ruhe betrachtet, die innerpolitische Gefährlichkeit des Buches dar. Es mag unbequem sein, daß für die Durchhechelung der deutschen Zustände dem Reichstage neuer, ergiebiger Stoff geboten wird; es sind nicht nur die Sozialdemokraten, die sich das nicht entgehen lassen werden. Nach Weihnachten wird die Sensation verblaßt sein, zu Ostern vergessen. Denn die von Hohenlohe verzeichneten Vorgänge und Ansprüche greifen, soweit sie in die Veröffentlichung aufgenommen sind, so gut wie gar nicht in die praktische Politik der Gegenwart ein. Die schon die Monarchie erschüttert sehen, weil das Wort von Spanbau und das von den Schießscharten im Schlosse berichtet worden, übersehen, daß Worte von gleicher impulsiver Schärfe in vielerusterem Zusammenhange und bei gewichtigeren Anlässen gesprochen und öffentlich kritisiert worden sind, ohne daß die Monarchie darunter gelitten hätte. Man wird bald erkennen, daß die Bedeutung dieser sehr eigenartigen Memoiren, die als „documents humains" eines objektiven Schilderers bedeutsamer Tatsächlichkeiten ihren Wert in Zukunft behalten werden, in ihrem Wesen etwas verkannt und in ihrer praktischen Bedeutung überschätzt worden sind. Wenn das Nädewerk der Politik auch für die Gegenwärtigen einmal etwas rücksichtsloser als sonst üblich durchleuchtet worden ist, so ist das, wir wiederholen es, nicht zu bedauern."

*

Als Skandalchronik bezeichnet die „Kölnische Volkszeitung" die Hohenlohischen Denkwürdigkeiten, die man, nachdem sie einmal veröffentlicht seien, studieren müsse, denn sie seien trotz allem geeignet, das Urteil über verschiedene historische Vorgänge und Persönlichkeiten wesentlich zu erweitern und zu korrigieren. Es ist interessant, das Urteil des ultramontanen Blattes zu vernehmen. „So ist zunächst festzustellen, schreibt es, daß es in der Wilhelminischen Epoche keineswegs immer so edel und harmlos zuging, wie es in manchen Geschichtsdarstellungen zu lesen steht. Am Hofe Wilhelms I. gab es eine Unsumme von Haß, Neid und Intrige. Die Reichsgründer verloren alle wesentlich in der Hohenloheschen Beleuchtung — sobald man nämlich von der patriotischen Auffassung ausgeht, die „Paladine des großen Kaisers" seien durch ein harmonisches Streben innig geeint gewesen. Auch die Erzählungen englischer und französischer Blätter von der „Kriegspartei am Berliner Hofe" sind keineswegs bloß lustige Erfindungen gewesen, wie uns die Offiziösen so oft glauben machen wollten. Erzählt doch Bismarck selbst von der Kriegslust des Grafen Waldersee, die er darauf zurückführt, daß der Graf fürchte, sonst zu alt für das Kommando einer Feldarmee zu werden. Auch in kirchenpolitischer Beziehung bieten, wie schon hervorgehoben wurde, die Denkwürdigkeiten manches Neue. Vor allem erscheint der Autor selbst in seinem Buche keineswegs so friedlich gesinnt wie er sich in den letzten Jahren gab. Hohenlohe war ein richtiger Kulturkämpfer, und als Reichskanzler hat er das zu bedrücken gewußt. In seinem hohen Alter zeigte er sich nicht friedlich gesinnt; wie das Buch beweist, mit geringem Recht. Die Katholiken haben von Hohenlohe wohl zu gut gedacht und von Miquel zu schlecht. Auch manche Aeußerungen Bismarcks beweisen, daß er doch einer Beendigung des Kulturkampfes schon in den siebziger Jahren geneigter war, wie wir annahmen. Erklärt er doch bereits 1874, der Kronprinz werde bei seiner Thronbesteigung mit Leichtigkeit zum Friedensschlusse mit den Katholiken kommen können. Ja, Bismarck muß sogar von dem alten Kaiser hin und wieder einen Tadel annehmen, weil er den Katholiken zu weit entgegenkommt, so schreibt ihm der Kaiser wegen der Bestätigung des Bischofs Korum einen „groben Brief". Auch diese Einzelseiten rechtfertigen die von uns wiederholt ausgesprochene und auch durch eine Aeußerung Bismarcks zu von Mossow später bestätigte Ansicht, daß Fürst Bismarck das Jesuitengesetz aufgehoben haben würde. Um so grimmiger wird aber Bismarck, wenn er mit Windthorst und den anderen Zentrumsführern politisch zusammenstößt; er nennt sie bei Beginn des Septennatskreits „verlogene Halunken". Dieser Zornesausbruch ist um so ungerechtfertigter, weil Windthorst ihm niemals die geringste Hoffnung gegeben hatte, daß er das Septennat bewilligen werde."

*

Aus Petersburg wird Wiener diplomatischen Kreisen gemeldet, die Enthüllungen des Fürsten Hohenlohe haben auf den Zaren einen tiefen Eindruck gemacht. Er habe sich in diesem Sinne gegenüber dem Minister des Aeußern v. Iswolsky, der bei ihm vor seiner Abreise nach Tegernsee in Abschiedsaudienz erschienen war, geäußert. Da jedoch gegenwärtig sowohl zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Zaren, als auch zwischen Deutschland und Rußland die freundschaftlichsten Beziehungen bestehen, sei eine nachteilige Rückwirkung der Enthüllungen des Fürsten Hohenlohe auf dieses Freundschaftsverhältnis in keiner Weise zu befürchten. Dies beweise auch der Umstand, daß der Minister von Iswolsky während seines Aufenthaltes in Deutschland Gelegenheit haben werde, mit dem deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow zusammenzutreffen und mit ihm mehrerlei wichtige politische Fragen zu besprechen. Es verlautet sogar, daß der russische Minister des Aeußern von Kaiser Wilhelm in Berlin in Audienz empfangen werden würde, um sich eines Auftrags des Zaren zu entledigen und ein Handschreiben von ihm dem deutschen Kaiser zu überreichen.

Prinz Alexander Hohenlohe

hieß, als sein Vater noch Reichskanzler war, auf der Journalistentribüne des Reichstages das „Reichskind". Die „N. Fr. Pr." schreibt über ihn:

Das „Reichskind" war ganz gehörig erwachsen. Der lange, schlanke Körper ragte weit über Gardemaß in die Höhe. So klein der Vater, so groß der Sohn. Oben, ganz oben saß dann ein Kopf mit aristokratischen Zügen ohne besondere Merkmale. Die Augen waren klug und freundlich und hatten sich, da sie so hoch saßen, angewöhnt, Welt und Menschen ein wenig von oben herunter anzusehen. Das hing aber nicht mit Hochmut oder Dünkel zusammen. Ganz im Gegenteil. Der Prinz war in seinem Wesen einfach, natürlich und liebenswürdig. Die Manieren etwas leger, wie es so manche Aristokraten an sich haben, in dem Bewußtsein, daß kleine Lässigkeiten die Vornehmheit nur um so deutlicher hervortreten lassen. So hatte der Prinz die Gewohnheit, wenn im Reichstage ein Redner sprach, der ihn interessierte, sich auf den zur Rednertribüne führenden Stufen niederzulassen. Wenn Herr Bebel das getan hätte, so hätte man es plebejisch gefunden. Sich auf eine Treppe zu setzen, darf sich nur ein Aristokrat erlauben.

Wenn er nicht auf der Treppe saß, hatte Prinz Alexander seinen Platz auf einer der Bänke der Rechten. Aber er hat sich stets geweigert, der konservativen Partei sich anzuschließen. Er blieb „Wilder"; er wollte sich das Recht wahren, seine eigene Meinung zu haben. Diese Meinung stimmte in manchen Fällen mit der seiner Standesgenossen überein, war also konservativ. Aber in manchen anderen Fragen, namentlich so oft es sich um Kulturinteressen handelte, nahm er den Standpunkt der Linken ein. Vor allem war er antiklerikal. Sein Reichstagsmandat hat er in harten Kämpfen stets den Klerikalen abringen müssen. Als er bei der letzten Reichstagswahl in die Kampagne eintrat, ließ er sich Hermann v. Gilms „Jesuitenlieder" schicken zur Verwendung in den Wahlversammlungen. Aber auch mit einem solchen Verbündeten war diesmal der Sieg nicht zu erringen. Die Klerikalen, denen der Prinz ganz besonders verhaßt ist, der mit der Autorität des Namens eines deutschen Fürstengeschlechtes ihnen entgegentritt, machten unerhörte Anstrengungen, und so gelang es ihnen, den Gegner zur Strecke zu bringen. Seit den letzten Wahlen sitzt der Prinz nicht mehr im Reichstag.

Antiklerikal sind nun manche preußische Konservative ebenfalls, wenigstens soweit der katholische Klerikalismus in Betracht kommt. Der Prinz aber hat sich im Reichstag auch durchaus antireaktionär gezeigt, und er hat sich niemals gescheut, dies offen zu bekennen und gegen die Konservativen zu stimmen, ja sogar zu reden. Unvergessen ist namentlich seine Rede gegen die lex Heinze. Es war keine kleine Sensation, als in den stürmischen Debatten über dieses unsinnige und verderbliche gesetzgeberische Machwerk, gegen das die Linke einen verzweifelten Kampf führte, plötzlich der Sohn des Reichskanzlers sich von seinem Platze erhob, um darzutun, daß dieses Gesetz das sicherste Mittel sein würde, der Sozialdemokratie Scharen neuer Anhänger zuzuführen. Gespannt lauschte das ganze Haus auf die Worte des Prinzen, der mit seiner hohen und dünnen Stimme kein Redner im eigentlichen Sinne ist und doch Wirkung hervorbringt durch die Geschlossenheit und wohltuende Aufgeklärtheit dessen, was er sagt. Diese Rede trugen ihm die Konservativen heute noch nach. Im Sündenregister, das die „Kreuzzeitung" in ihrem letzten Sonntagsartikel dem Prinzen vorhält, steht sie obenan. Damals gingen die Konservativen hin und beschwerten sich über den Sohn beim Papa Reichskanzler. „Mein Sohn ist mündig", antwortete mit seinem feinen Lächeln der alte Hohenlohe, dem die Rede des Prinzen gegen die lex Heinze wahrscheinlich ganz aus dem Herzen gesprochen war. Wegen dieser gelegentlichen liberalen Anwandlungen hieß Prinz Alexander „der rote Prinz". Die Konservativen, die sehr deutlich empfanden, daß der Prinz Hohenlohe im Grunde eigentlich nicht zu ihnen gehöre, hatten überhaupt den Wunsch, sich von ihm auch äußerlich zu scheiden. Sie ließen ihn in ihren Zeitungen mehrmals auffordern, seinen Platz auf der Linken einzunehmen. Da sie ihn im Verdachte einer eigentlich liberalen Gesinnung hatten, wollten sie ihm auch die „Schande antun", daß er unter den Liberalen sitzen sollte.

Im politischen Leben also machte Prinz Alexander den Eindruck eines selbständig denkenden Mannes, der den Mut seiner Meinung hatte. Wer jemals die Freude gehabt hat, mit dem Prinzen Alexander Hohenlohe zu unterhalten, hat diesen Eindruck nur bestätigt und verstärkt gefunden. Im persönlichen Verkehr mit dem Prinzen Hohenlohe lernt man einen Mann kennen, der sich zwar als Aristokrat fühlt, der aber mit seinen aristokratischen Gefühlen ein durchaus volkstümliches Empfinden verbindet und dem scharfen Standesbewußtsein die Klarheit des Blickes trübten. Es gibt selbst in den Reihen der Opposition wenige Politiker, die so richtig die Gründe der gegenwärtigen politischen Misere in Deutschland erkennen und ihre Erkenntnis so unumwunden aussprechen wie der Prinz Hohenlohe. Mit diesen freisinnigen Anschauungen verbindet sich eine schöne Geisteskultur. Der Prinz hat viel gelesen, weiß gründlich Bescheid in der heimischen und der ausländischen, namentlich der französischen Literatur, hat einen feinen, ästhetischen Geschmack und auch in künstlerischen Dingen ein treffendes Urteil.

So ungefähr sieht der Mann aus, über den in den letzten Tagen mit einer seltenen Einmütigkeit fast die gesamte deutsche Presse hergefallen ist. Nur einige süddeutsche Blätter haben es gewagt, ihn zu verteidigen. Sonst ist er in Hunderten und Hunderten von Artikeln übel zugerichtet worden. Nicht ein gutes Haar ist an ihm geblieben. Und Prinz Alexander muß wirklich einen ungewöhnlichen Mut besitzen, wenn er sich nach diesem Ungewitter, das über ihn hereingebrochen, überhaupt noch auf die Gasse traut . . .

Das Rundschreiben des Erzbischofs v. Stablewski

an seine Diözesanen hat folgenden Wortlaut:

Geliebte Diözesanen! Hunderte von Eingaben mit unzähligen Unterschriften sind mir von den Eltern übersandt worden, in denen ihr Schmerz über den unzulänglichen Religionsunterricht der Kinder infolge der immer größeren Verdrängung der Muttersprache ausgedrückt ist, wodurch mein oberhirtliches Herz aufs tiefste gerührt worden ist, obgleich mir auch schon früher diese schmerzliche Besorgnis der Eltern um die religiöse Erziehung und Zukunft der Jugend bekannt war.

Auf meinen Visitationsreisen habe ich mich überzeugt, wie sehr die Kenntnisse in der Religion, und das sittliche Gefühl in der jüngeren Generation im Rückschritt begriffen sind. Meine Wahrnehmungen haben mir noch mehr die Berichte meiner beiden hochwürdigsten Herren Weihbischöfe und die Beschwerden der Eltern und Geistlichen bestätigt. In derselben festen Ueberzeugung, in welcher ich schon früher eingetreten bin für die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache, und infolge der trüben eigenen Erfahrungen, habe ich bei jeder Gelegenheit die Muttersprache im Religionsunterricht in Schutz genommen oder mich um ihre Wiedereinführung bemüht. Jeder Fall, der in dieser Angelegenheit zu meiner Kenntnis gelangte, gab mir erneuten Anlaß zu tatkräftigem Einschreiten, wie ich dies bereits meiner hochwürdigen Geistlichkeit vor kurzem mitzuteilen Gelegenheit hatte. Mein Standpunkt war immer ein und derselbe, daß nämlich nur der Religionsunterricht in der Muttersprache imstande ist, das kindliche Gemüt zur wahren Erkenntnis Gottes auszubilden, zur Liebe Gottes zu erwärmen, und feste sittliche Grundlagen für das ganze Leben zu schaffen. Dieser meinen Standpunkt habe ich immer vertreten, mit allen mir zukommenden Mitteln verteidigt und will ihn wahren bis an mein Lebensende. Wie könnte es auch anders sein?

Ist doch die Ueberzeugung, die ihr mit mir teilt, nicht allein ein persönliche, auch nicht eine neue und veränderliche, sondern ein Grundsatz der Kirche Christi, an welchem die Kirche alle Jahrhunderte hindurch unentwegt festgehalten hat. Die auf dem allgemeinen Konzil von Trient im 16. Jahrhundert versammelten Bischöfe haben klar und unzweideutig als Lehre der hl. Kirche ausgesprochen, daß die Glaubenswahrheiten in der Volkssprache gelehrt werden sollen. Die Synoden der einzelnen Kirchenprovinzen z. B. in Worms und Olmütz, bei uns in Luck und Wilna und manche andere haben angeordnet, daß diese Grundsätze bei den einzelnen Stämmen und Nationen befolgt werden sollen.

Wenn ich es bis jetzt unterlassen habe, euch zu verschern, daß ich mit euch fühle, und daß ich diese so wichtige Angelegenheit der religiösen Zukunft eurer und zugleich unserer heiligen Kirche Kinder nicht aus dem Auge lasse, so geschah es deshalb, weil ich immer noch nach Mitteln und Wegen suchte, um eine Aenderung der betreffenden Maßnahmen herbeizuführen. Mehr als die Krankheit, mit welcher Gott nach seinem unerforschlichen Willen mich heimgesucht hat, schmerzten mich eure Tränen, die zu trocknen, und eure Bitten, die zu erfüllen mir nicht vergönnt war. In den schlaflosen Nächten waren meine Gedanken darauf gerichtet, wie ich euch Trost bringen und den Schaden, den eure Kinder erleiden, ausgleichen könnte.

Es bleibt uns noch übrig, im gemeinsamen Herzenskummer den Religionsunterricht in der Schule durch einen solchen in Haus und Kirche zu ergänzen. Eure Häuser mögen also fortan eine heilige Schule sein, und in den Gotteshäusern eure Gebete noch inbrünstiger zum Himmel emporsteigen, auf daß die göttliche Vorsehung unter ihre besondere Obhut eure Kinder nehme, welche das Vermächtnis des h. Glaubens von uns übernehmen sollen.

Deshalb bitte ich die hochwürdige Geistlichkeit, die bereits so oft Beweise opferwilliger Arbeit gegeben hat, erneut, mit noch größerem Eifer sich der Katechisierung der Jugend zu widmen. Euch aber, liebe Eltern, mit welchen ich immer, wo es sich um Kirche und Glauben handelt, mich einst fühlte und fühle, fordere ich auf, eure Kinder noch eifriger und sorgfältiger zu erziehen. Insgesamt aber wollen wir im Gebete Gott um seine Gnade und seine Segnungen anflehen mit den Worten des hl. Paulus: Hochgelobt sei Gott und der Vater unseres Herrn Jesus Christus, der Vater der Erbarmungen und der Vater alles Trostes, welcher uns tröstet in all unserer Drangsal." (2. Kor. I.)

Der Erzbischof von Gnesen und Posen.
Florian.

Die braunschweigische Frage.

Der Kongreß der Deutschen Rechtspartei (Welfen), der Ende d. M. in Berlin stattfinden sollte, ist im letzten Augenblick auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Hannoversche Welfenpartei berief für den kommenden 30. Oktober den Geburtstag des Prinzen Georg Wilhelm von Cumberland, zu dessen Gunsten der Herzog von Cumberland auf den braunschweigischen Thron verzichten wollte, eine große Festfeier ein, die in den Räumen des Hannoverschen Konzerthauses stattfinden soll. Zahlreiche erste welfische Redner sind angemeldet worden. Die Welfenpartei wird, bestimmten Verlauten nach, eine Erklärung für das Haus Cumberland zur Abstimmung bringen.

Am vorigen Sonnabend fand in Braunschweig eine von der Sozialdemokratie einberufene Versammlung statt, die zur Thronfolgefrage folgendermaßen Stellung nahm: „Die Volksversammlung fordert den Regentschaftsrat und die Landesversammlung auf, von weiteren Verhandlungen mit dem Herzog Ernst August oder dem König von Preußen sowie von der Wahl eines neuen Regenten abzusehen und den unhaltbaren Zustand einer dauernden Regentschaft dadurch zu beseitigen, daß der braunschweigische Staat durch eine Verfassungsänderung zu einem freien deutschen Staate erklärt wird, in welchem die Staatsgewalt durch eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gewählte Volksvertretung ausgeübt wird."

Die Lehrerschaft gegen den „Bremserlaß".

In Dortmund hat sich am Sonntag die Generalversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Lehrer des rheinisch-westfälischen Industriebezirks" mit dem „Bremserlaß" des Kultusministers beschäftigt und einstimmig einen Beschlußantrag angenommen, indem es über den Erlaß heißt:

Die Versammlung erblickt in dem Erlaß 1. eine Erschwerung der notwendigen wirtschaftlichen Hebung des Lehrerstandes, wie sie durch Vorbildung, Ausbildungskosten, Arbeitsleistung und Arbeitswichtigkeit gerechtfertigt ist, 2. eine bedauerliche Hemmung der Entwicklung der Volksschule, da er den Lehrermangel und die damit in ursächlichem Zusammenhang stehende Landflucht der Lehrer nicht beseitigen, sondern vergrößern wird, 3. einen Widerspruch zum Absatz 7 § 28 des Lehrerbesoldungsgesetzes, 4. eine Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. — Sie erwartet von den schul- und lehrerfreundlichen Parteien des Parlaments, daß sie alle rechtmäßigen Mittel zur Beseitigung des fraglichen Ministerialerlasses in Anwendung bringen werden; sie erklärt, daß sie an ihrer durch eine Denkschrift ausführlich begründeten Forderung einer Gleichstellung mit den staatlichen und kommunalen Subalternbeamten erster Klasse festhält und hofft, daß die Gemeinden sie in ihrer Fürsorge für ihre Schulen auf dem Wege zu diesem Ziele kräftigst unterstützen werden.

Dem Vorsitzenden, der in Goslar die Interessen der Lehrer vertrat, und der nationalliberalen Partei wurde einmütig der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Die Juden in Deutsch-Ostafrika.

Dem neuen Gouverneur von Ostafrika, Frhrn. v. Rechenberg, der, wie bereits gemeldet, im Schutzgebiet selbst eingetroffen und feierlich empfangen worden ist, haben sich die Juden, die für ihre

---

jährige Krieg aus. Karl war ein treuer Verbündeter seines Schwagers Friedrich trotz aller Unannehmlichkeiten, die er aushalten mußte, die ihn aber in seiner Vergnügungssucht nicht weiter störten. Als er 1780 starb, hinterließ er dem Lande 7 Millionen Taler Schulden. Darunter befand sich aber kein einziger Taler, der an den berühmtesten Mann der damaligen Zeit, an Lessing, bezahlt worden wäre.

Einer seiner Söhne, Prinz Friedrich von Braunschweig-Oels, verdient noch angeführt zu werden, nicht wegen besonderer Tüchtigkeit, sondern wegen seines besonders jovialen Wesens. Seine besondere Vorliebe war die ererbte Neigung zum Theater. Er empfing alle Sonnabende und jedesmal gab es eine Farce. Ein Marktschreier trat einmal mit Transparents auf und kündigte die siegreiche Schlacht bei Roßbach an, statt dessen zeigten sich — Adam und Eva, wie sie aus dem Paradiese vertrieben werden. Viele Scherze und Anekdoten werden von ihm erzählt. So ließ er z. B. bei Gelegenheit eines Maskenballes den Fußboden mit Niespulver bestreuen oder — was noch derber war — er ließ Vomitive in die Erfrischungen gießen und freute sich unbändig, wenn die Gäste ängstlich einer nach dem andern zur Tür hinausschlichen. Eine andere Anekdote erzählt folgende spaßhafte Sache: Einst befiel den Prinzen ein heftiges Fieber. Er wollte sich, um es rasch zu vertreiben, mit einer starken Schwitzkur helfen und um sich diese Kur möglichst angenehm zu machen, beschloß er, sie durch heftiges Lachen zu bewirken. Er ließ deshalb von einem schwülstigen Trauerspiele so viele Exemplare zusammenholen, als Rollen in demselben waren und verteilte diese Rollen nun unter seine Dienerschaft, die das Stück vorlesen mußte. Der Unsinn und das falsche Pathos, das zum Vorschein kam, brachten die gewünschte Wirkung hervor. Ein System, das sich empfahl!

Eine lange Reihe mehr oder minder interessante Charaktere könnten noch angeführt werden, komischer und tragischer Natur. Wer ist nicht von tiefem Mitleid erfüllt für den unglücklichen Karl Wilhelm Ferdinand, welcher dem sterbenden Staate neues Leben einhauchte, um zu sehen, wie Napoleon I. das mühsam Errichtete über den Haufen warf. Mit Todesverachtung kämpfte er in der Schlacht bei Auerstädt, von wo er tödlich verwundet unter den größten Schwierigkeiten nach Altona-Ottensen flüchten mußte. Er starb früh genug, um nicht den Schmerz erleben zu müssen, sein Land als Bestandteil des Königreichs Westfalen unter französischer Herrschaft zu sehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19061017021/fragment/page=0002

einflußreiche Stellung in unserer Kolonie befürchtungen zu hegen scheinen, bereits in Zanzibar zu nähern versucht. Sie luden ihn in ihren Klub ein und überreichten ihm eine Petition in einer schweren silbernen Kassette; über letztere Beigabe soll der Gouverneur „nicht sehr angenehm berührt" gewesen sein. Er antwortete in Kisuaheli folgendes:

— Sehr gefreut habe ich mich, als ich heute Zanzibar nach so langer Abwesenheit wieder betrat. Ich danke von Herzen für den festlichen Empfang. Kommen Eure Brüder in Deutsch-Ostafrika den Bestimmungen des Gouvernements in jeder Weise nach, so werden sie immer die Unterstützung der Regierung finden. Andernfalls unterstehen sie wie alle Handeltreibenden den Gesetzesbestimmungen des Landes. Alle im deutschen Gebiet ansässigen Inder werden je nach ihrer Aufführung behandelt werden.

Politisches.

— Wie Freiherr von Heyl über die „Einigung der Liberalen" denkt, hat er jüngst in einer Rede kundgegeben. Er sagte: „Nun verlangt man gar, die bürgerlichen Liberalen sollten sich einigen! Dabei stellt der bürgerliche Linksliberalismus in Darmstadt dem aussichtsvollen nationalliberalen Reichstagskandidaten den nationalsozialen Pfarrer Kotell entgegen und stimmt in der Stichwahl für den Sozialdemokraten. Aber abgesehen von Einzelheiten, handelt es sich bei der Gegenüberstellung von Nationalliberalismus und Linksliberalismus um verschiedene Weltanschauungen: dort um das religiös-sittliche Element, hier um zunehmenden Atheismus. Mit was für Leuten und Parteien sollen wir Nationalliberalen uns einigen? Nun, die sogenannte deutsche Volkspartei alias Demokratie, d. h. Frankfurter Zeitungspartei, hat bei den Reichstagshauptwahlen 1903 91,217 Stimmen erhalten, d. i. ein Prozent sämtlicher überhaupt abgegebenen Wahlstimmen, die freisinnige Vereinigung 243,000 und die freisinnige Volkspartei 588,000 Stimmen. Macht für alle drei bürgerlich-linksliberalen Gruppen 9 Prozent der Gesamtstimmen. Das sind machtlose Truppen, und mit denen sollen wir ein Bündnis schließen, uns ihnen vielleicht gar unterordnen und uns später mit ihnen gemeinsam der Sozialdemokratie nähern? Ein eigentümliches Verlangen!" — Die Einigungspolitiker ersehen daraus, wie groß die Widerstände sind, die sie zu überwinden suchen.

— Der Prokurist H. Kalkoff, bisher Verlagsleiter der „Nat.-Ztg.", tritt zum 1. November als stellvertretender Generalsekretär in das Zentralbureau der nationalliberalen Partei über, wo er als Chef der Organisationsabteilung fungiert.

Parlamentarisches.

— Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. wird am 1. November in einer kürzeren Tagung zusammentreten.

Finanz- und Steuerwesen.

— Wie der „Fr. Z." aus Berlin geschrieben wird, verlautet dort aus guter Quelle, daß in Bundesratskreisen beabsichtigt wird, bei der in Aussicht stehenden Wechselprotestreform die Zuständigkeit der Amtsgerichte bis zu einem Streitwert von 1200 Mark zu erweitern.

Polenfrage.

— Am Sonntag wurden in der Provinz Posen fünf polnische Versammlungen verboten. Aus Dolzig (Kreis Schrimm) meldet das „Posener Tgbl.", daß dort die Schulobstruktion infolge der Predigt des Ortsgeistlichen einsetzte.

Koloniales.

— Ueber die Mißstände in der Kolonialverwaltung bringt die „Deutschostafr. Ztg." drastische Beispiele, indem sie schreibt: „Wer verdankt Monopole? Berlin. Wer handelt über den Kopf des Gouvernements hinweg in wichtigen kolonialen Fragen? Doch wohl Berlin. Wer schafft Kolonialbanken und damit einen 4—5 mal komplizierteren Betrieb als es bei Errichtung von Reichsbankfilialen gewesen wäre? Berlin. Wer läßt die notwendigsten und sorgfältig bearbeiteten Neu-Vorschläge des Gouvernements vier und noch längere Jahre trotz aller Mahnungen liegen? Berlin. Vor Jahren einmal wurde ein stellvertretender Gouverneur gefragt, warum denn um Himmelswillen auf der Hand liegende Aenderungen nicht endlich vorgenommen würden. Es handelte sich u. a. um Hüttensteuer, Pulverabgabe an Schwarze usw. Lächelnd beauftragte der Gouverneur einen Beamten, ein Aktenbündel heranzuschleppen, aus dem hervorging, daß diese Angelegenheiten zum Teil seit vier Jahren der Kolonialabteilung zur Prüfung unterbreitet und der Bescheid öfter gemahnt worden war, ohne jedes Reagieren seitens der Wilhelmstraße. Als man in einer die Brüsseler Akte betreffenden Angelegenheit einen in kolonialpolitischen Kreisen sehr einflußreichen Herrn hierüber befragte, erwiderte dieser ebenso einfach wie treffend: Liegt alles schon lange von uns bearbeitet in Berlin. Antwort bekommen wir prinzipiell nicht. Der Gang ist einfach folgender: Wir schicken nach Berlin und bitten um Bescheid. Nach zwei Jahren nochmals. Nach drei Jahren wieder. Vielleicht auch noch einmal nach vier Jahren. Hilft das alles nicht, machen wir dasselbe, was Berlin bereits seit vier Jahren getan hat. Wir legen die Sache — ad acta. Und so weiter, ad infinitum.

XI. Generalversammlung des Bundes der Industriellen.

Hg. Berlin, 15. Okt.

Im „Russischen Hof" trat heute vormittag 11 Uhr der Bund der Industriellen zu seiner XI. Generalversammlung zusammen. Mitglieder des Bundes und Gäste waren in reicher Anzahl zusammengekommen; so vertraten den Zentralverband deutscher Industrieller der Generalsekretär H. A. Buck und Regierungsrat Prof. Dr. Leidig, die Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen Dr. Etienne, die Gesellschaft für soziale Reform Dr. Waldemar Zimmermann, den Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten Th. vom Orde, den Deutschen Handelstag Dr. Lenkeld und viele provinzielle und Fach-Industrieverbände ihre Sekretäre, z. B. den Verband zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Kommerzienrat Dr. F. F. Holz, den Verband der sächsischen Industriellen sein Syndikus Dr. Strelemann.

Der Verbandsvorsitzende Geh. Kommerzienrat H. Wirth-Berlin hieß alle diese Gäste herzlich willkommen, mit besonderer Freude aber den Vertreter des preußischen Handelsministers Geheimer Reg.-Rat Göppert und die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der zum ersten Male auf dieser Tagung des Bundes vertreten sei. (Beifall.)

Nach dem Kaiserhoch erstattete der Vorsitzende Kommerzienrat Wirth den Tätigkeitsbericht. Während in den früheren Jahren die Neuordnung der Zollpolitik die Aufmerksamkeit des Verbandes hauptsächlich in Anspruch nahm, war die bedeutendste politische Kundgebung dieses Jahres ein vom Bunde veranlaßter einmütiger Protest der gesamten Industrie gegen die Steuervorschläge der Regierung, soweit sie einzelne Industriezweige oder den Verkehr belasteten. Auch sonst wurden viele Eingaben an die Regierung gerichtet, die sich meist auf die zollpolitischen Klein- und Nacharbeiten bezogen. Da sich herausstellte, daß die Gewerbeinspektoren sich gewöhnlich überwiegend als Anwälte der Arbeiter fühlen, machte der Bund sie in einer öffentlichen Kundgebung auf den klaren Wortlaut des Gesetzes aufmerksam, der ihnen strengste Unparteilichkeit zur Pflicht macht. Die Streikversicherung und Streikentschädigung wurde im letzten Jahre allgemein durchgeführt.

Der Generalsekretär Dr. Wendlandt hielt einen Vortrag über die Einführung eines deutschen Industrietages. Der Handel, die Landwirtschaft und das Handwerk hätten ihre staatlichen Kammern und nur der Industrie fehle noch eine solche, denn die Annahme der Regierung, daß die Industrie in den Handelskammern vertreten, sei nur zum Teil richtig. Der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller A. Buck befürwortete die Schaffung einer Zwangsorganisation. Alles, was die Landwirtschaft erreicht habe, verdanke sie nicht den staatlichen Landwirtschaftskammern, sondern dem freigewählten Bunde der Landwirte. — Es wurde jedoch eine Resolution angenommen, die den Gedanken, eine zentrale Vertretung der Industrie zu schaffen, begrüßt und den Vorstand beauftragt, wegen Durchführung des Planes mit dem „Zentralverband deutscher Industrieller" und der „Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen" in Verbindung zu treten. Der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller forderte in seinem Referate die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Dem allgemeinen Verlangen nach staatlicher Versicherung könne sich auch die Industrie nicht verschließen, wenn sie sich tüchtige Arbeitskräfte erhalten wolle.

In der Debatte wurde die Forderung des Referenten zum Teil lebhaft bekämpft. Man dürfe auf dem Wege des Staatssozialismus nicht zu weit gehen. Es wurde sodann folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung erblickt in der Durchführung der Pensionsversicherung der Privatangestellten eine durch die Verhältnisse gebotene Maßnahme. Sie beschließt, bei dem gegenwärtigen Stand der Sache ihre Zustimmung zu der beabsichtigten staatlichen Pensionsversicherung von der weiteren Entwicklung der auf dem Gebiete der Selbsthilfe vorhandenen und hervortretenden Versuche abhängig zu machen."

Die Generalversammlung beschäftigte sich weiter mit dem Thema der Streikversicherung. Der Generalsekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes Dr. Grabenstedt (Berlin) wies auf die mit Millionen gefüllten Kassen der organisierten Gewerkschaftler hin. Dieser Tatsache gegenüber sei es notwendig, daß sich die Arbeitgeber eine Abwehrorganisation schaffen. Wer die sozialen Kämpfe der Gegenwart betrachte, werde nicht leugnen können, daß große Lohnkämpfe in der Zukunft kaum ausbleiben werden. Nachdem sich Regierungsrat Prof. Leidig in ähnlicher Weise geäußert, gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach die Errichtung einer Streikversicherungs-Entschädigungsgesellschaft gegen den Verlust aus Arbeitseinstellung, insbesondere für die norddeutschen und diejenigen Industriellen, welche einen Anschluß an eine Streikversicherung oder an einen bestehenden Berufs- oder Arbeitgeberverband nicht finden können, in die Wege geleitet werden soll.

Ausland.

Erzherzog Franz Ferdinand und Graf Beck.

Ueber die Differenzen zwischen dem Erzherzog Franz Ferdinand und dem Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, Grafen Beck, die letzteren zur Einreichung seiner Entlassung bewogen, meldet der „Budapesti Hirlap", der Thronfolger habe bei den dalmatinischen Manövern dem Grafen den Vorwurf gemacht, er sei allein die Ursache der Erkrankung des Kaisers gewesen, da er bei den Manövern in Schlesien den Monarchen Ueberanstrengungen ausgesetzt habe. Graf Beck, welcher schon längst Kenntnis hatte, daß der Thronfolger eine Antipathie gegen ihn hege, beschloß, aus diesem Grunde seine Demission einzureichen. Der Thronfolger wünscht schon seit langem, den General v. Hötzendorf, zurzeit Kommandeur der 8. Division, an der Spitze des Generalstabes zu sehen.

Berufung Wekerles nach Wien.

Große Sensation erregte in den politischen Kreisen von Budapest die plötzlich erfolgte Berufung des Ministerpräsidenten Wekerle zum König nach Wien. In der gestern erfolgten Audienz soll Wekerle ersucht worden sein, dahin zu wirken, daß das vom ungarischen Reichstag gegen den Minister des Aeußeren Grafen Goluchowski geplante Mißtrauensvotum unterbleibe. Falls dies Wekerle nicht gelingt, so ist die Demission Goluchowskis und auch des Ministeriums Wekerle unausbleiblich.

Bulgarien und die Pforte.

Die „Frkf. Ztg." meldet aus Konstantinopel, der durch die Demission Natschowitsch' seit längerer Zeit unbesetzte Posten eines bulgarischen diplomatischen Agenten in Konstantinopel solle durch Dimitrow wiederbesetzt werden.

Der südafrikanische Armeekandal.

Aus London wird gemeldet: Im weiteren Verfolg der Entscheidungen des englischen Armeerates in der Untersuchung über Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung usw. von Kriegsvorräten in Südafrika wurden gestern im Lager von Aldershot die betreffenden zehn Unteroffiziere, nachdem die Entscheidung des Kriegsministers vor versammelter Mannschaft verlesen worden war, in förmlicher Weise degradiert und sodann entlassen. Mit der Degradation ist auch der Verlust aller militärischen Ehrenzeichen verbunden.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten. —

Fortlaufend ganz bedeutende Eingänge aller hervorragenden Neuheiten in

Damen-Konfektion.

Schwarze und farbige **Paletots** und **Jacketts** in den elegantesten Formen, schwarze und farbige **Umhänge** und **Kragen, Abend-Paletots, Radmäntel** und **Capes. Kleider-Röcke,** fussfrei und für Promenade. Elegante **Kostüme** in modernster Ausstattung.

Paletot aus meliert. Noppenstoff in chicer Ausführung 9.00 7.50 — 6.75
Paletot aus kariertem Stoff, angewebt. Futter u. Rückenfalte 12.50 — 9.75
Paletot aus schwarzem Eskimo mit Seidenblenden — 13.75
Paletot aus schwarzem prima Eskimo, mit Rückenfalte und Tuchapplikation — 18.50
Paletot aus Mohair-Astrachan in hocheleganter Ausführung 23.00 19.50 — 16.75
Jackett aus schwarzem Cheviot-Tuch, mit Blenden besetzt — 3.25
Jackett aus prima schwarzem Double, halbanliegendes Façon — 4.50
Jackett aus bestem schwarzen Double, gesteppter Rücken, mit Seidenblenden besetzt — 6.75
Jackett aus gutem schwarzen Eskimo, mit Tuchbesatz, chikes Façon — 9.50
Jackett aus schwarzem Astrachan, mit Borten garniert und farbigem Sammetkragen — 10.50

Kostümrock aus schwarzgrauem Fantasie-Stoff, mit Borten besetzt — 1.75
Kostümrock „fussfrei", aus Cheviottuch schwarz und marine — 3.00
Kostümrock aus prima Tuch-Cheviot, mit ausspringenden Falten — 5.50
Kostümrock aus apartem karierten Kostümstoff, englischer Geschmack — 6.50
Kostümrock aus prima schwarzem Satintuch, mit Blenden besetzt, auf Lustre gearbeitet — 7.00
Bluse aus gutem Velour in mittleren u. dunklen Fantasiemustern — 95 Pf.
Bluse aus prima Velour in neuen Schotten, mit Börtchen garniert — 1.75
Bluse aus reinseidenem Japon in allen Lichtfarben mit Tüll-Koller — 3.25
Bluse aus wollenem karierten Blusen-Stoff, elegantes Façon — 4.50
Bluse aus reinwollenem Blusenstoff, moderne Schotten — 6.75

Kostüm aus kariertem Kostümstoff, mit Josem oder anschliessendem Jackett M. 25 bis — 13.50
Kostüm aus prima Kostümstoff, Tailor made, mit Paletot, elegantes Façon M. 75 bis — 18.00
Kostüm „Backfisch" aus einfarb. od. meliert. Stoff., apart. Ausführung M. 25 bis — 11.50

Jedes Angebot ohne Konkurrenz.

Geschäftshaus **J. Lewin** Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

Grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19061017021/fragment/page=0003

Bruno Freytag, Halle S.,

Leipziger Strasse 100

Neue Eingänge von Teppichen.

Teppiche in handgeknüpft Smyrna.
Teppiche in Maschinen-Smyrna.
Teppiche in Brüssel und Tournay.
Teppiche in Prima Axminster.
Teppiche in Tapestry und Velours.
Orientalische Teppiche.

Nur erstklassige Fabrikate bei reicher Auswahl und billigst gestellten Preisen.

Meine Sprechstunden sind von jetzt ab 8—9, 3—4.
Dr. Heinrich Keil.

M. L. Fischer
Tapezierer u. Dekorateur, wohnt jetzt **Nicolaistraße 6,** Hof links 1 Tr. (Händelhaus).

Sprachen, erfolgr., gründl. Spez.-Uebers. v. Handelskatalog. Dr. phil. **C. G. Müller,** vorm. Dozent d. Engl. i. Transvaal, Leiter d. Engl. Society. **Ob. Karlstr. 18,** p.

Blech u. Draht in allen Stärken in Messing und Neusilber empfiehlt **Ferdinand Haassengier,** Barfüßerstr. 9.

„Jason-Strumpf — Höchster Trumpf!"

Jason-Glühstrumpf

Jason-Glühkörper leuchten am hellsten!
Jason-Glühkörper halten am längsten!

Aktiengesellschaft für Gasglühlicht — Überall zu haben

BERLIN O. 34 Warschauerstr. 60. — Überall zu haben

Gummi-Stempel-Fabrik Nicolaistr. 6. Alfred Pfautsch, Halle

Geraer Damen- u. Herren- **Kleiderstoffe** Fabr.- u. Versand. Abgabe jed. Maßes zu Engros-Preisen. **Für Händler!** Restern u. Musterconvons unter Preis. **A. E. Pietzsch, Gera, R.** Musk. fr. u. fr. De Smitstr. 9. Musk. fr. u. fr.

Tabakpfeifen empfiehlt in neuesten Mustern **Ernst Karras jun.** Leipzigerstraße 4.

Institut für Handelswissenschaftliche Kurse begründet 1892 — staatlich konzessioniert, **Leipzig.** 12 monatl. Stud. zur Erlang. d. Reife f. d. **höhere** kaufm. techn. Karriere. — Spez.-Kurse f. d. **Verwaltungsfach** verschied. Branchen. Hilfskurse z. Vorber. Einj.-Freiwill. (Dauer 6 Mon.) Prosp. grat. d. d. **Sekretariat Johannispl. 5.**

Berliner Pferde-Lotterie
Ziehung 16. und 17. November in Berlin im Dienstgebäude der Königlich. General-Lotterie-Direktion. — 210000 Lose mit 6039 Gewinnen i. Werte v. zus.
100000 Mark
davon: 1 à **10000, 6000, 5000, 4000,** 2 à **3000—6000** 5 à **2000—10000,** 6 à **1500—9000,** Mk.; ferner div. Silbersachen und Fahrräder
i. W. von **50000 Mark**
Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. (Porto u. Liste 20 Pfg. extra.) Zu haben bei allen und in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. Königlichen Lotterie-Einnehmern
Wo nicht, versendet diese Lose die Lose-Vertriebs-Gesellschaft Königl. Preussischer Lotterie-Einnehmer G. m. b. H., Berlin, Monbijouplatz 1.

Wasche mit LUHNS wäscht am besten

Geschäfts-Verlegung.
Meiner werten Kundschaft sowie einem verehrten Publikum von Halle und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mein Geschäft von Geiststraße 64 **Neumarktstraße 5** in größere, hellere Räume verlegt habe. In denselben Räumen noch eröffne mit Heutigem ein Piano-Magazin nebst **Verleih-Institut,** und stelle nur erstklassige Instrumente billig zur Verfügung.
Für das mir bisher entgegengebrachte Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch fernerhin zu übertragen und mein neues Unternehmen gütigst zu unterstützen. **Gegenbauer, Rich. Hunger,** Neumarktstr. 5.

Die altbewährte echte **Original „Zebr"-Entfettungskur,** seit 1897 patentamtlich geschützt, übertrifft alle gegen Korpulenz angewandten Kuren u. bewirkt **sichere Entfettung** gefahrlos ohne Diät und ohne Berufsstörung. Geringe Kurkosten, kein Tee, kein Pulver, sondern sehr bequemes Einnehmen, **vorzügliche** Wirkung, zahlreiche Anerkennungen aus besten Kreisen. Gewichtsabnahme sicher. Ueberschichtlicher Prospekt gratis zu bez. von **L. Pietsch,** Chemisches Laboratorium, **Leipzig 397,** Kaiser Wilhelmstr. 61.

Führer durch Halle a. S.
und seine
staatlichen und städtischen Einrichtungen und Anstalten.
Mit Unterstützung des Magistrats und zahlreicher Fachmänner herausgegeben von
E. Geppner Stadtbaurat und **Dr. O. Fürtsch** Stadtrat.
5. und 6. Tausend. Mit 14 Vollbildern, Stadtplan, Karte der Umgegend 2c.
Oktav, 117 Seiten, eleg. gebunden 1 M, geheftet 80 ₰
Kein landläufiger Führer mit zusammengestellten, oberflächlichen Angaben.
Autoritative Abhandlungen über alle baulichen, wirtschaftlichen, kunstgeschichtlichen und sonstigen öffentlichen Anlagen und Einrichtungen von Männern der Wissenschaft und Verwaltung erheben das Werk zu einem Omnibuch der Heimatkunde und Stadtgeschichte.
Halle a. S. **Otto Hendel.**

Tanz-Unterricht.
Der erste Winterkursus meines Tanzunterrichts nebst Anleitung über Körperhaltung und Umgangsformen beginnt **Dienstag den 23. Oktober** in den **Kaisersälen.** Im Besitz sämtlicher neuen Tänze. Zur Annahme gefälliger Anmeldungen bin ich jederzeit in meiner Wohnung bereit.
Hermann Wipplinger,
Tanzlehrer an der Oberrealschule Delitzsch, Forsterstr. 50, I. Et.

Unentbehrlich für jede Familie!

Underberg-Boonekamp
Semper idem,
Fabrikation alleiniges Geheimniss der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.
Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medaillen!
Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**

Man achte genau auf Schutzmarke **„Elefant"** bei Einkauf von **Elfenbein-Seife.**

Haben Sie schon 16 A. E. Wolle (Pfund M 2,90) probiert bei **H. Schnee Nchf., Gr. Steinstr. 84.**

HEINRICH LANZ, MANNHEIM.
LOKOMOBILEN, fahrbar und stationär, für **Saft- und Heißdampf**
Bewährte Konstruktion!
- D.R.P. -
1905: Goldene Medaille.
Filiale: **BERLIN W. 8,** Friedrichstraße 186.
Ueber 16000 Stück verkauft.

Amerik. Brillant **Glanz-Stärke** mit Schutzmarke **Globus** giebt die schönste Plättwäsche

Erhalte Dienstag den 23. d. M.
1½- u. 2½jährige belgische Fohlen,
sowie **belgische Arbeitspferde.**
Wilhelm Trautmann, Querfurt.
Telephon Nr. 54.

I. Hall. Verfischer. gegen Ungeziefer.
Johannes Meyer, Goethestr. 11
Vertilgung v. Ungeziefer unter Garantie. Zahlung nach Erfolg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19061017021/fragment/page=0004